

JAGD NACH ROHSTOFFEN

Die Folgen des Bergbaus im Süden: Landraub, Armut, Umweltverschmutzung



Tobias Lambert

IMPRESSUM

Herausgeber:

Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL e.V.)
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin
Telefon: 030/6934029
Email: info@fdcl.org
www.fdcl.org



Autor: Tobias Lambert

Redaktion: Thorsten Schulz

Layout: Monika Brinkmüller

Titelfoto: Wimmelbild von Khalil Bendib

Druck: hinkelsteindruck,
Lausitzer Platz 15, 10997 Berlin
Gedruckt auf Recycling-Papier mit Biofarben
ohne den Einsatz von Isopropanol und ohne
umweltbelastende UV-Strahlung bei der Farb-
trocknung.

FDCL-Verlag, Gneisenastr. 2a,
10961 Berlin, Dezember 2013

ISBN: 978-3-9232020-62-1

Diese Publikation wurde gefördert durch die
Europäische Union. Der Inhalt der Publikation
liegt in der alleinigen Verantwortung der Heraus-
geber und kann in keiner Weise als Sichtweise
der Europäischen Union angesehen werden.



Die Publikation wurde realisiert mit finanzieller
Unterstützung des BMZ. Der Herausgeber ist
für den Inhalt allein verantwortlich.



Veröffentlicht vom FDCL für die Hands off the
Land Alliance (HotL).

HANDS OFF THE LAND

TAKE ACTION AGAINST LAND GRABBING



INHALT

- Vorwort 2**
- 1. Konsum von Rohstoffen 3**
 - 1.1 Was sind Rohstoffe?..... 3
 - 1.2 Abhängig von Rohstoffen aus dem Süden 4
 - 1.3 Debatte über Rohstoffe..... 5
 - 1.4 Der Verbrauch ist zu hoch! 6
 - 1.5 Ewiges Wachstum? 7
 - 1.6 Rohstoffe im Boden lassen 8
 - Kasten 1: Vom einzelnen Rohstoff zum Mobiltelefon..... 9
- 2. Die negativen Folgen der Rohstoffgewinnung 10**
 - 2.1 Armut..... 10
 - 2.2 Umweltzerstörung..... 11
 - 2.3 Repression und Konflikte 12
 - 2.4 Land Grabbing durch Rohstoffhunger..... 12
 - 2.5 Verfluchte Rohstoffe? 13
 - Kasten 2: Ressourcenpolitik..... 15
 - Kasten 3: Seltene Erden..... 16
- 3. Rohstoffpolitik Deutschlands und der EU 20**
 - 3.1 Von der Lobby gestaltet:
Die deutsche Rohstoffstrategie 20
 - 3.2 Konkrete Maßnahmen
nur für die Versorgungssicherheit 21
 - Kasten 4: Erfolg für den BDI 22
 - 3.3 Bloß keine Handelsbeschränkungen!
Die Rohstoffinitiative der EU 22
 - Kasten 5: Rohstoffpartnerschaften 25
 - Kasten 6: Investitionsschutz wichtiger
als Demokratie 26
- 4. Alternativen: Eine andere Rohstoffpolitik ist möglich..... 27**
 - 4.1 Freiwilligkeit ist keine Lösung 27
 - 4.2 Transparente Geldströme:
Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) 28
 - 4.3 Das Dodd-Frank-Gesetz und
Verbindliche Vorschriften in der EU 29
 - Kasten 7: Selbst aktiv werden: Alternatives Bergbaugesetz
auf den Philippinen 30
 - 4.4 Post-Extraktivismus: Die Debatte um
Alternativen in Lateinamerika 31
 - Kasten 8: Die Yasuní-ITT-Initiative: Idee mit
Weitblick scheitert an Kurzsichtigkeit 32
- 5. Was fordern deutsche NGOs?..... 33**
 - Die Ziele..... 33
 - Die Forderungen 33



VORWORT

Armut, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Landraub. Es gibt viele Gründe, sich kritisch mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Folgen der Rohstoffhunger des Nordens für die Länder des Südens hat. In der hiesigen Öffentlichkeit dominiert hingegen ein Diskurs, der die Versorgungssicherheit für die deutsche Industrie in den Vordergrund stellt. Unternehmensverbände, die deutsche Bundesregierung und die Europäische Kommission streben einen besseren Zugang zu Rohstoffen an und stellen dies durch Lobbyarbeit medial geschickt inszeniert als alternativlos dar. Kritische Positionen sind bisher nicht in gleichem Maße sichtbar. Doch das Thema gewinnt an Bedeutung. Im Jahr 2008 haben sich zahlreiche kritische Nichtregierungsorganisationen zum AK Rohstoffe zusammengeschlossen, um auf die negativen Folgen der Rohstoffpolitik aufmerksam zu machen und konkrete politische Forderungen zu formulieren.

Mit der vorliegenden Broschüre möchte das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) einen verständlichen Überblick zum Themenkomplex Rohstoffe geben. Dabei werden neben den grundsätzlichen Fragestellungen, Problemen und Politiken auch Alternativen aufgezeigt. Die knappe Darstellung soll zu einer vertieften Beschäftigung mit dem Thema anregen, denn eine andere Rohstoffpolitik ist nicht nur nötig, sondern auch möglich!

1. KONSUM VON ROHSTOFFEN

Die einfach zu erschließenden Rohstoffvorkommen werden seltener. Die Jagd nach Ressourcen findet in immer entlegeneren Regionen statt und reicht bis in hochsensible Ökosysteme wie Urwälder oder den Meeresboden. Verantwortlich für diese dramatische Entwicklung ist der hohe Rohstoffkonsum. Dieser steigt weiter an, obwohl heute 30 Prozent weniger natürliche Ressourcen nötig sind, um einen Euro des Bruttoinlandsproduktes zu erwirtschaften als 30 Jahre zuvor. In Deutschland verbraucht jeder Bürger durchschnittlich etwa 40 Tonnen Rohstoffe pro Jahr. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hält hingegen einen jährlichen Ressourcenverbrauch von lediglich sechs Tonnen pro Kopf für nachhaltig. Während der Konsum in den industrialisierten Ländern unvermindert hoch ist, nimmt er in Schwellenländern wie Brasilien, Indien oder China zu.



Zum Weiterlesen:

- Bleischwitz, Raimund/Pfeil, Florian [Hrsg.] (2009): *Globale Rohstoffpolitik. Herausforderungen für Sicherheit, Entwicklung und Umwelt*, Baden Baden
- Friends of the Earth Europe (2009): *Overconsumption? Our use of the world's natural resources*, unter: http://www.foeeurope.org/publications/2009/Overconsumption_Sep09.pdf
- WTO (2010): *World Trade Report 2010. Trade in Natural Resources*, http://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/anrep_e/world_trade_report10_e.pdf

1.1 Was sind Rohstoffe?

Ohne Rohstoffe ist jegliches Wirtschaften undenkbar. Ob Kabel, Baumaterialien, Elektronikprodukte, Maschinen, Kleidung, Lebensmittel oder Verpackungsmaterialien: Es gibt keine Güter, die im Verlauf ihrer Herstellung nicht auf Rohstoffe angewiesen sind. Diese werden in der Regel in drei Gruppen unterteilt: Energieträger, mineralische Rohstoffe sowie Agrargüter. Zu den Energieträgern zählen vor allem Erdöl, Erdgas und Kohle. Das Spektrum der mine-

ralischen Rohstoffe ist vielfältig und umfasst zum Beispiel Eisen, Nichteisenmetalle wie Aluminium, Blei, Kobalt, Kupfer, Zink und Seltene Erden sowie Edelmetalle wie Gold, Silber oder Platin. Agrargüter sind nachwachsende Rohstoffe wie Getreide, Soja, Zucker und Ölpalmen.

Zum Weiterlesen:

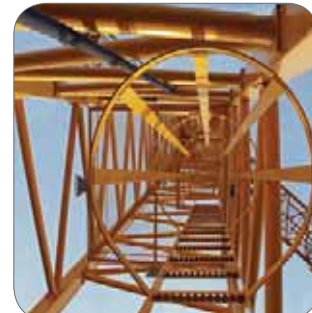
- Erklärung von Bern (EvB 2011) [Hg.]: Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Zürich, S.26 ff.

1.2 Abhängig von Rohstoffen aus dem Süden

Schon in der Kolonialzeit raubten nördliche Länder Rohstoffe aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Die gewaltsame Aneignung natürlicher Ressourcen stellt historisch eine der Grundlagen für den Wohlstand des Nordens dar.

Auch heute hängen Wirtschaftssektoren wie die Auto- und Chemieindustrie oder das Bauwesen vom Import zahlreicher Rohstoffe ab, die in den industrialisierten Ländern kaum oder gar nicht vorhanden sind. Die Abhängigkeit umfasst sowohl Energieressourcen wie Öl und Gas als auch Mineralien, Metalle oder Holz. Die 15 weltweit größten Autobauer verbrauchten im Jahr 2010 beispielsweise etwa 60 Millionen Tonnen.

Ein Großteil der Rohstoffe stammt aus ehemaligen Kolonien, die heute zu den Armen- oder Schwellenländern zählen, in denen Ressourcen eine bedeutende Rolle spielen. Der Extraktivismus, der auf die Ausbeutung weniger Rohstoffe und Agrarland für den Export ausgerichtet ist, prägt nach wie vor



Fotos: Lizzy Tewordt/pixelio.de; Ralf Heß/flickr.com; lichtkunst.73/pixelio.de

die wirtschaftliche Struktur vieler Staaten. Doch der Rohstoffreichtum hat in den meisten Fällen nicht zu gesellschaftlichem Wohlstand geführt, denn die lokale Bevölkerung im globalen Süden zahlt in der Regel einen hohen Preis für die Rohstoffausbeutung: Verarmung und Umweltschäden.

Im Juni 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Bericht, der 41 Mineralien und Metalle analysierte. Als Ergebnis werden bei 14 für die Europäische Union wichtigen Rohstoffen Engpässe bei der Verfügbarkeit befürchtet*. Die Sorge gilt dabei ausschließlich den Auswirkungen der Engpässe für die europäische Wirtschaft, nicht den bei der Förderung verursachten Umweltschäden oder Menschenrechtsverletzungen.

Zum Weiterlesen:

- Kerkow, Uwe, Martens, Jens, Müller, Axel (2012): Vom Erz zum Auto. Abbaubedingungen und Lieferketten im Rohstoffsektor und die Verantwortung der deutschen Automobilindustrie, hrsg. von Misereor, Global Policy Forum, Brot für die Welt, unter: http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Vom_Erz_zum_Auto.pdf

1.3 Debatte über Rohstoffe

Die Debatte über die Rohstoffpolitik ist von unterschiedlichen Interessen geprägt. Grob eingeteilt sind drei grundlegende Diskurse erkennbar:

- ein Versorgungssicherheitsdiskurs, der mit Hinweis auf die Konkurrenzsituation für eine Ausweitung des Rohstoffangebots plädiert und Wirtschaftsinteressen bedient,
- ein entwicklungspolitischer Diskurs, der die Folgen des Rohstoffreichtums für ärmere Länder thematisiert und
- ein Effizienz-Diskurs, der durch mehr Ressourceneffizienz eine Senkung des hiesigen Rohstoffverbrauchs anstrebt, um die negativen Auswirkungen der Rohstoffförderung zu minimieren.

* Die 14 als kritisch eingestuft Mineralien und Metalle sind: Antimon, Beryllium, Kobalt, Flussspat, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niobium, Platinmetalle, Seltene Erden, Tantal und Wolfram.



Grafik: Khalil Bendib

Die lokale Bevölkerung im globalen Süden zahlt in der Regel einen hohen Preis für die Rohstoffausbeutung: Verarmung und Umweltschäden.



Aus entwicklungspolitischer Sicht stellen sich zahlreiche Herausforderungen: Es geht darum, menschenrechtlichen, sozialen und umweltpolitischen Aspekten den Vorrang einzuräumen vor einer interessengeleiteten Rohstoffpolitik, die überwiegend den Zugang zu Ressourcen im Blick hat. Die Transparenz im Rohstoffsektor soll erhöht werden. Den Unternehmen sollen menschen- und umweltrechtliche Verpflichtungen auferlegt werden und rohstoffreiche Länder einen größeren Spielraum für eine eigenständige Politik erhalten, der durch internationale Abkommen eingeschränkt wurde.



Foto: David Paul Ohmer/flickr.com

Zum Weiterlesen:

- Werland, Stefan (2012): *Debattenanalyse Rohstoffknappheit, Projekt Ressourcenpolitik (PolRess), PolRess Arbeitspapier AS 5.1*, unter: http://www.ressourcenpolitik.de/wp-content/uploads/2012/07/AS-5-1_Rohstoffknappheit.pdf

1.4 Der Verbrauch ist zu hoch!



Foto: Viktor Mildnerberger/pixelio.de

Laut Schätzungen liegen in deutschen Haushalten über 80 Millionen ausrangierte Mobiltelefone ungenutzt herum. Die darin enthaltenen Rohstoffe könnten durch Recycling größtenteils wiederverwertet werden. Bisher wird ein Großteil der Elektronikgeräten aber unwiederbringlich entsorgt. Es bedarf politischer Anreize und Regulierung, um die Recycling-Quoten zu erhöhen und sich dem Ziel einer Kreislaufwirtschaft anzunähern, in der neue Produkte effizient aus unbrauchbar gewordenen alten hergestellt werden. Mögliche politische Instrumente wären die Einführung einer Recyclingpflicht für Unternehmen. Konsument_innen könnten einen Pfand für Produkte zahlen, die Rohstoffe enthalten, den sie bei Abgabe später zurückbekämen. Die viel zitierte Ressourceneffizienz ändert nicht zwangsläufig etwas am Wachstumszwang. Sogenannte Rebound-Effekte können zudem dazu führen, dass Steigerungen der Ressourceneffizienz zu einer steigenden Nachfrage und damit zu insgesamt höherem Verbrauch führen. Wenn zum Beispiel Energiesparlampen länger angelassen werden, wird keine Energie eingespart. Auch durch den Ausbau „grüner Technologien“ wird sich daran nicht grundsätzlich etwas ändern. Denn auch um den Kapitalismus grüner zu

machen sind massive Investitionen in neue Technologien, Energieeffizienz und erneuerbare Energien nötig. Zwar kann dadurch der Verbrauch fossiler Energieträger wie Erdöl reduziert werden, doch auch die neuen, nachhaltigeren Technologien sind ohne die Nutzung von Rohstoffen nicht umsetzbar.

Zum Weiterlesen:

- Blume, Jutta; Greger, Nika und Pomrehn, Wolfgang (2011): *Oben hui, unten pfui? Rohstoffe für die 'grüne' Wirtschaft. Bedarfe – Probleme – Handlungsoptionen für Wirtschaft, Politik & Zivilgesellschaft*; hrs. von PowerShift und Forum Umwelt & Entwicklung, Berlin, unter: http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/08/PowerShift-ForumUE-Studie-Rohstoffe-Gr%C3%BCneWirtschaft-2011web_klein.pdf
- Naturschutzbund Deutschland (NABU) (2012): *Verantwortung Ressourcenschutz. Rohstoffverbrauch senken und natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen (Infoblatt)*.
- Santarius, Tilman (2012): *Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz*, hrsg. vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, unter: <http://www.santarius.de/wp-content/uploads/2012/03/Der-Rebound-Effekt-2012.pdf>



Foto: Erich Westendorf/pixelio.de

Auch die neuen, nachhaltigeren Technologien sind ohne die Nutzung von Rohstoffen nicht umsetzbar

1.5 Ewiges Wachstum?

Die grundlegende Ursache für den hohen Rohstoffverbrauch ist das auf fortwährendem Wachstum basierende Wirtschaftssystem. Dieses lässt sich nicht mit der Endlichkeit natürlicher Ressourcen vereinbaren. Zwar ist der Wunsch vieler Länder des Südens, die westlichen und nördlichen Konsummuster zu kopieren, verständlich, doch sind die verursachten negativen Effekte schon jetzt untragbar. Wachstum, gemessen als Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, sagt zudem nichts über die Verteilung von Wohlstand, geschweige denn über die Zufriedenheit in einer Gesellschaft aus. Im Gegenteil, hat das fortwährende Wachstum zu einer hohen Einkommenskonzentration und enormen Umweltbelastungen geführt. Eine Abkehr vom Wachstumsmodell bietet sich aufgrund des hohen Konsums und Überflusses für den globalen Norden an. Auf den globalen Süden kann dies jedoch nicht einfach übertragen werden. Es gibt zwei-

felsfrei Bereiche, die wachsen müssen, zum Beispiel Gesundheit oder Bildung. Die Frage ist, was mit welchem Ziel wächst. Es kann folglich nicht darum gehen, Wachstum in ärmeren Ländern prinzipiell einzuschränken.

Zum Weiterlesen:

- Schmelzer, Matthias und Passadakis, Alexis (2011): *Postwachstum, AttacBasisTexte 36, Hamburg*

1.6 Rohstoffe im Boden lassen



Deutsche Steinkohle wird es bald nicht mehr geben. Wohl spätestens mit dem Auslaufen der Subventionen im Jahr 2018 werden die letzten beiden Zechen stillgelegt. Doch die Bedeutung der Kohle zur Stromerzeugung in Deutschland nimmt zu. 2012 war der klimaschädliche Energieträger bereits für rund 19 Prozent der deutschen Stromerzeugung verantwortlich. Der Rohstoff kommt schon jetzt zu drei Vierteln aus dem Ausland. Allerdings wäre es für Umwelt und Klima sinnvoller, einen klimaschädlichen Rohstoff wie Kohle gar nicht erst zu fördern. In Deutschland könnte die Energiewende hin zu regenerativen Energieträgern vorangetrieben werden – zum Beispiel durch ein Kohleausstiegsgesetz, das ein zeitlich gestaffeltes Ende für die schmutzige Energie festlegt.

Rohstoffvorkommen in ökologisch hoch sensiblen Gebieten wie etwa Regenwäldern sollten grundsätzlich nicht angetastet werden, weil ihre Förderung unumkehrbare Folgen für Mensch und Natur in dem jeweiligen Gebiet hätte. Und auch neue Technologien wie zum Beispiel Fracking sollten nicht angewendet werden. Beim Fracking werden Wasser und Chemikalien unter Hochdruck durch Gesteinsschichten gepresst, wodurch Öl und Gas gewonnen werden. Die befürchteten

und teilweise bereits belegten Gefahren, wie Gesundheitsgefährdungen und Verschmutzung des Grundwassers, sprechen gegen eine solche Technik. Vielmehr als über die Frage, woher wir unsere Rohstoffe bekommen, wären also ganz andere Debatten nötig: Welche Rohstoffe sollten zugunsten der Menschheit und Umwelt zukünftig im Boden bleiben? Und in welchen Gebieten sollte auf Rohstoffförderung prinzipiell verzichtet werden, unabhängig davon, welche Schätze in der Erde lagern?



Foto: Michael Jäkel / flickr.com

Zum Weiterlesen:

- Klaus, Sebastian; Beyer, Catharina und Jaworski, Piotr (2012): Kohleausstiegsgesetz. Verteilung der Reststrommengen und Folgenabschätzung für den Kohlekraftwerkspark, hrsg. von Greenpeace, unter: http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/GP_Studie_Kohleausstiegsgesetz.pdf

Kasten 1: Vom einzelnen Rohstoff zum Mobiltelefon

Für viele Menschen ist es ganz alltäglich mit dem Handy zu telefonieren. Doch bis die Produkte des alltäglichen Gebrauchs so funktionieren, wie wir es gewohnt sind, haben die einzelnen Bestandteile bereits einen langen Weg hinter sich. Die Wertschöpfungsketten sind komplex. Sie ziehen sich von der Förderung eines Metalls über dessen Handel und Verarbeitung bis zur Zusammensetzung des Mobiltelefons über zahlreiche Orte und unterschiedliche Länder hin. Um ein Mobiltelefon herzustellen sind bis zu 60 unterschiedliche Rohstoffe notwendig. Der größte Teil davon sind Metalle. Bei circa 1,8 Millionen verkauften Handys betrug der Rohstoffverbrauch für die Herstellung von Mobiltelefonen im Jahr 2011 16.600 Tonnen Kupfer, 6.800 Tonnen Kobalt, 450 Tonnen Silber und 43 Tonnen Gold. In ge-

ringen Mengen enthalten ist in jedem Mobiltelefon zudem der Stromleiter Tantal, der auch für andere Elektronikgeräte wie Laptops, Spielkonsolen oder CD-Player benötigt wird. Die Herkunft der Rohstoffe kann problematisch sein. Tantal hat zum Beispiel eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des Bürgerkrieges im Osten der Demokratischen Republik Kongo gespielt.

Zum Weiterlesen:

- Hütz-Adams, Friedel (2012): Von der Mine bis zum Konsumenten. Die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen, hrsg. von Südwind. Institut für Ökonomie und Ökumene, unter: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2012/2012-41_Von_der_Mine_bis_zum_Konsumenten_Die_Wertschoepfungskette_von_Mobiltelefonen.pdf

2. DIE NEGATIVEN FOLGEN DER ROHSTOFFGEWINNUNG

Dem fertigen Produkt im Laden sieht man es nicht an. Doch die Ausbeutung von Rohstoffen ist häufig mit verheerenden Folgen verbunden. Armut, Umweltzerstörung, Vertreibungen und Repression gegen Bergbau-Gegner_innen sind weit verbreitet, Entschädigungen – wenn sie denn überhaupt gezahlt werden – sind hingegen meist unzureichend. Im sozialen und ökologischen Bereich verursacht die Ausbeutung von Rohstoffen häufig gravierende Schäden und Konflikte. Die Betroffenen werden meist nicht oder unzureichend in den Entscheidungsprozess über Rohstoffvorhaben einbezogen.

2.1 Armut

Auf den ersten Blick scheint es paradox, dass gerade die Menschen, die Rohstoffe unter ihren Füßen haben, nicht davon profitieren. Die Rohstoffförderung hat in der Regel jedoch überwiegend negative Auswirkungen auf die umliegenden Gebiete. Die riesigen Flächen für den Tagebau nehmen nicht nur direkt Land in Anspruch, sondern es fallen durch die Verschmutzung von Böden, Luft und Wasser viele landwirtschaftliche Nutzflächen weg. Die Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebt, verliert ihre Existenzgrundlage. Stattdessen locken die Rohstoffe Menschen auf der Suche nach schnellem Geld an. Prostitution, Glücksspiel und andere Geschäfte breiten sich aus.

Die neuen Arbeitsplätze bieten dann nur wenigen hochqualifizierten Menschen Einkommen, viele müssen für niedrige Löhne arbeiten. Wer keine Arbeit abbekommt oder beispielsweise wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit nicht eingestellt wird, bleibt ohne Alternative. Die Bevölkerung wird geteilt in die Gewinner und Verlierer, Neid und Konflikte werden geschürt. Dies erschwert wiederum eine gemeinsame Haltung der Gemeinden gegenüber der Rohstoffförderung, der Politik und den Unternehmen.

Jenseits der Rohstoffgeschäfte entstehen in der Regel keine produktiven Wirtschaftszweige. Die Regionen bleiben Enklaven, die kaum in die Ökonomie der jeweiligen Region oder des Landes eingebettet sind. Die Menschen sehen sich dazu

Foto: Julian Harnais / flickr.com



gezwungen entweder auszuharren oder in die Städte zu migrieren. Dort stranden sie zumeist in den anwachsenden Armenvierteln, ohne Perspektiven für sich und ihre Familien, während die Gewinne aus der Rohstoffgewinnung meist in den Taschen einiger Eliten versickern. Selbst die Umsiedlungen in neu gebaute Stadtteile durch die Bergbauunternehmen ersetzen nicht die Einkommens- und Selbstversorgungsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung. Prekäre und entfremdete Beschäftigung wird zum Standard.

Zum Weiterlesen:

- Bäuerle, Lukas, Behr, Maria und Hütz-Adams, Friedel (2011). *Im Boden der Tatsachen. Metallische Rohstoffe und ihre Nebenwirkungen*, hrsg. Von Südwind. Institut für Ökonomie und Ökumene, unter: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-14_Im_Boden_der_Tatsachen._Metallische_Rohstoffe_und_ihre_Nebenwirkungen.pdf

2.2 Umweltzerstörung

In vielen Ländern des globalen Südens werden im Bergbausektor giftige chemische Substanzen eingesetzt, die im globalen Norden längst verboten sind. Kupfer wird beispielsweise mit Hilfe von Schwefelsäure aus dem Gestein gelöst, Gold unter Einsatz von Quecksilber und Zyanid. Da Rohstoffe aus Kostengründen oftmals im offenen Tagebau gefördert werden, bleiben im Umfeld der Bergbauregionen Kraterlandschaften mit vergifteten Böden und verseuchtem Wasser zurück. Die lokale Bevölkerung verliert

Grafiken: Khalil Bendib

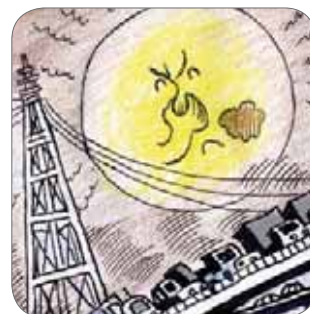




Foto: Tiago Fioreze/ wikipedia

Die industrialisierte Landwirtschaft schädigt mit hohem Wasserverbrauch und enormem Pestizideinsatz massiv die Umwelt und nimmt großflächig Land in Anspruch.

ihre Lebensgrundlage und schwere Krankheiten nehmen zu. Auch die Förderung fossiler Ressourcen ist mit hohen Umweltrisiken verbunden, wie Ölkatastrophen im nigerianischen Niger-Delta oder dem Golf von Mexiko zeigen. Bei fossilen Energieträgern wie Öl und Kohle kommt zudem ein hoher CO₂-Ausstoß hinzu, der maßgeblich zur Klimaerwärmung beiträgt. Diese Beispiele stellen keineswegs Einzelfälle dar. Die Förderung von Rohstoffen kommt nicht ohne Umweltschäden aus, diese können durch strenge Regulierung lediglich verringert werden. Auch die industrialisierte Landwirtschaft schädigt mit hohem Wasserverbrauch und enormem Pestizideinsatz massiv die Umwelt und nimmt großflächig Land in Anspruch.

Zum Weiterlesen:

- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2012): Umweltgutachten 2012: Verantwortung in einer begrenzten Welt, , unter: http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2012_06_04_Umweltgutachten_HD.pdf?__blob=publicationFile

2.3 Repression und Konflikte

Die Bevölkerung vor Ort wird in der Regel nicht oder nur oberflächlich in die Entscheidungen zu Rohstoffvorhaben eingebunden. Eine freie, vorherige und informierte Zustimmung, wie sie gemäß der ILO-Konvention 169 etwa für indigene Gruppen vorgeschrieben ist, findet oft nicht statt. Stattdessen werden Gegner_innen der Rohstoffförderung kriminalisiert. Häufig schürt Rohstoffreichtum lokale Konflikte wie zum Beispiel in Sierra Leone oder im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Der Verkauf von Diamanten beziehungsweise Kobalt und Kupfer diente jeweils zur Finanzierung kriegerischer Auseinandersetzungen. Interne bewaffnete Konflikte sind oftmals Ursache für die Vertreibung von Millionen von Menschen.

Mit den knapper werdenden Ressourcen drohen zudem geopolitische Konflikte auszubrechen oder sich zu verschärfen. Die militärische Absicherung der Rohstoffförderung und des Rohstoffhandels werden aller Voraussicht nach zukünftig an Bedeutung in den Sicherheitsstrategien der NATO, der EU und Deutschlands gewinnen.

Zum Weiterlesen:

- *medico international: Rohstoffhandel und Krieg in Afrika. Zu den Ursachen und Folgen bewaffneter Konflikte, unter: <http://www.medico.de/themen/menschenrechte/rohstoffe/dokumente/der-stoff-aus-dem-kriege-sind/48/>*

2.4 Land Grabbing durch Rohstoffhunger

Im Jahr 2008 machte die spanische Nichtregierungsorganisation Grain 2008 erstmals auf die globale Jagd nach Land aufmerksam. Regierungen investieren in Ackerflächen jenseits der eigenen Landesgrenzen, um Ernährungssicherheit für die eigene Bevölkerung zu gewährleisten. Unternehmen, Investmentfonds und Pensionskassen wittern aufgrund des steigenden Bedarfs an Lebensmitteln und Agrotreibstoffen gigantische Gewinne. Darüber, was zukünftig auf den Äckern angebaut wird, entscheiden immer häufiger ausschließlich Profitinteressen. Doch Land Grabbing wird nicht nur durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe vorangetrieben. Auch zur Förderung fossiler und mineralischer Rohstoffe werden weltweit große Flächen Land an Konzerne vergeben. Durch die Umweltschäden wie Wasserverschmutzung im Umkreis großer Bergbauprojekte sind für die lokale Bevölkerung in der Regel keine landwirtschaftlichen Aktivitäten mehr durchführbar. Deren Einkommen können durch etwaige Entschädigungszahlungen zwar vorübergehend ansteigen, mittel- und langfristig wiegt der Verlust des Landes jedoch schwerer, da die Möglichkeit zur Selbstversorgung entfällt und angemessene Arbeitsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Das zunehmende Vordringen der Rohstoffindustrien in ökologisch sensible Gebiete verschärft die Situation zusätzlich.

Zum Weiterlesen:

- *Sibaud, Philippe (2012): Opening pandora´s Box. The new Wave of Land Grabbing by the Extractive Industries and the devastating Impact on Earth, hrsg. von The Gaia Foundation, unter: <http://www.gaiafoundation.org/sites/default/files/PandorasBoxReportFinal.pdf>*



Foto: Andreas Hermsdorf / flickr.com

Darüber, was zukünftig auf den Äckern angebaut wird, entscheiden immer häufiger ausschließlich Profitinteressen.



2.5 Verfluchte Rohstoffe?

Grafik: Khaïl Bendib



Insgesamt ist die wirtschaftliche Situation der meisten rohstoffreichen Länder ernüchternd. Ressourcenreiche Länder hängen häufig vom Export weniger Rohstoffe ab, in manchen Fällen sogar vom Export eines einzigen. Das macht sie verwundbar gegenüber Preisschwankungen und geht meist zu Lasten der übrigen Wirtschaftssektoren wie der Industrie (so genannte Holländische Krankheit oder Ressourcenfluch). Hinzu kommt in der Regel eine weit verbreitete Korruption und Steuervermeidung bei Regierungen und Unternehmen. Bei Erzen und Metallen bleibt meist kaum Geld im jeweiligen Abbauland. Bei Erdöl und anderen Energieträgern fließen die Einnahmen hingegen häufig in die Staatskasse, da viele Erdölstaaten das schwarze Gold über Staatskonzerne fördern. Anders als bei anderen Rohstoffen haben sich zahlreiche erdölreiche Länder im Jahr 1960 zur Organisation erdöl-exportierender Länder (OPEC) zusammengeschlossen, die als Kartell Absprachen über die Fördermengen trifft. Dadurch hebeln die teilnehmenden Staaten den freien Markt teilweise aus und können ihre Einnahmen erhöhen. Damit die Bevölkerung davon profitiert, müssen jedoch die Einnahmen im Land gerecht verteilt werden. In den meisten Fällen fließt das Geld in die Taschen einer kleinen Elite oder in staatsnahe Wirtschaftszweige wie den Bausektor.

Dieser oft genannte Ressourcenfluch ist im Gegensatz zu den Rohstoffvorkommen jedoch nicht naturgegeben. Rohstoffreiche Länder könnten durchaus von ihrem Reichtum profitieren und die Einnahmen dazu verwenden, die Situation der Bevölkerung in Bereichen wie Ernährung, Gesundheit oder Bildung zu verbessern, die eigene Industrialisierung voranzutreiben und die Wirtschaft zu diversifizieren. Hierzu bedarf es einer aktiven Rohstoffpolitik, die dazu führen muss, dass einerseits die Erträge des Staates gegenüber privaten Rohstoffkonzernen erhöht werden und andererseits die interne Verteilung zugunsten der Bevölkerung ausfällt. Norwegen (Erdöl)



Foto: Bindalfrodo/flickr.cc

Kasten 2: Ressourcenpolitik

Um die staatlichen Einnahmen in rohstoffreichen Ländern zu erhöhen gibt es verschiedene Instrumente, wie Förderabgaben („Royalties“), Steuern oder Zölle. Förderabgaben sind festgelegte Zahlungen an den Staat, die sich an der Produktionsmenge oder dem Verkaufswert bemessen. Der Gewinn des Unternehmens spielt dabei keine Rolle. Steuern werden hingegen auf Gewinne gezahlt, was voraussetzt, dass ein Unternehmen auch offiziell Gewinne macht, anstatt legale (oder auch illegale) Steuerschlupflöcher zu nutzen. Durch die Kombination aus Förderabgaben und Steuern verbleiben in Norwegen beispielsweise knapp 80 Prozent der Erdöleinnahmen beim Staat. In Lateinamerika haben mehrere Länder wie Bolivien, Ecuador und Venezuela in den vergangenen Jahren die

Verträge mit internationalen Rohstoffkonzernen neu verhandelt und so ihre Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasförderung erhöht. Ein Großteil der zusätzlichen Einnahmen fließt heute in Sozialprogramme, die häufig zu einer Verringerung der Armut geführt haben.

Im Bergbaubereich sind Förderabgaben und Steuern hingegen deutlich geringer als bei den Energieträgern. Durch Privatisierungen vieler Minen in den 1990er Jahren, als die Rohstoffpreise niedrig waren, verbleiben in den meisten Ländern kaum Einnahmen. Eine Ausnahme bildet etwa Botswana, das vergleichsweise hohe Förderabgaben (zehn Prozent) und Gewinnsteuern (35 Prozent) auf Diamanten erhebt.

Die Anwendung von Exportzöllen kann rohstoffreichen Ländern nutzen, sofern die Mehreinnahmen sinnvoll verwendet werden. In Europa selbst waren Exportsteuern noch bis in 1970iger Jahre ein wichtiges Instrument zugunsten der industriellen Entwicklung. Die EU, der internationale Währungsfonds und die Weltbank fordern aber immer noch die weitgehende Abschaffung dieser Instrumente, ohne alternative sinnvolle Einkommensquellen zu eröffnen. Das Thema könnte zunehmend für Handelskonflikte sorgen. Ein Beispiel ist die WTO-Klage gegen China wegen Exportbeschränkungen für Seltene Erden.

Zum Weiterlesen

- *Erklärung von Bern (2011) [Hg.]: Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz, Zürich, S. 340 - 368.*



und Botswana (Diamanten) bieten Beispiele für eine in dieser Hinsicht erfolgreichere Rohstoffpolitik. Diese Länder betreiben jedoch eine Wirtschaftspolitik, die vor allem auf Regulierung setzt. Diese Politik ist aber das Gegenteil zu den Maßnahmen, die Industrieländer und internationale Organisationen, wie der IWF oder die Weltbank fordern.

Zum Weiterlesen:

- Knoke, Irene und Binnewies, Jan (2011): *Wem nutzt der Rohstoffreichtum? Für mehr Balance in der Rohstoffpolitik*, hrsg. von Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene, unter: http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2011/2011-33_Wem_nutzt_der_Rohstoffreichtum._F%C3%BCr_mehr_Balance_in_der_Rohstoffpolitik.pdf

Kasten 3: Seltene Erden

Der Name ist irreführend. Denn die sogenannten Metalle der Seltenen Erden kommen weltweit relativ häufig vor. Doch nachdem das US-Unternehmen Molycorp im Jahr 2000 die Mountain Pass Mine in Kalifornien aufgrund massiver Umweltprobleme und mangelnder Wettbewerbsfähigkeit schließen musste, findet die Produktion fast ausschließlich in China statt. Als Seltene Erden wird eine Gruppe von 17 Metallen bezeichnet, die unter anderem für Computer, Elektroautos, Windturbinen, Energiesparlampen und Raketen benötigt werden. Die Verarbeitung der Seltenerdmetalle ist hoch riskant, da sie mithilfe ätzender Säure aus dem Gestein gelöst werden müssen und giftige, teilweise sogar radioaktive Abfälle zurückbleiben. Als die chinesische Regie-

rung Ende 2010 die Exporte der begehrten Metalle drosselte, zogen die Preise enorm an. Kostete das Kilogramm 2009 noch gut zehn US-Dollar, waren es Mitte 2012 bereits mehr als 200. Die Quasi-Monopolstellung Chinas hat in den Industrieländern die Alarmglocken klingeln lassen. Im März 2012 reichten die EU, die USA und Japan bei der Welthandelsorganisation (WTO) wegen der Exportbeschränkungen Klage gegen China ein.

Zum Weiterlesen:

- Wübbeke, Jost (2012): *„Her mit den seltenen Erden!?“ Hintergründe und kritische Anmerkungen zur WTO-Klage gegen Chinas Exportpolitik bei Seltenen Erden*, hrsg. von PowerShift, unter: <http://power-shift.de/?p=1028>

Beispiel 1 - Erdöl im Tschad: Leere Versprechungen

Die Weltbank war voller Hoffnung. Das von ihr mitfinanzierte Projekt der Tschad-Kamerun-Pipeline biete „nie dagewesene Rahmenbedingungen, um die Ölgewinne direkt den Armen zufließen zu lassen“. Das zentralafrikanische Land Tschad sollte mit Beginn der Erdölförderung im Oktober 2003 zu einem Modell werden, das aufzeigt, dass Ressourcenreichtum entwicklungspolitisch sinnvoll eingesetzt werden kann. Zehn Jahre später sieht die Bilanz ernüchternd aus. Ursprünglich sollten fünf Prozent der Einnahmen direkt in der Förderregion investiert werden. Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Soziales, ländliche Entwicklung und Wasser wurden als prioritäre Sektoren festgelegt. Damit die Petrodollars nicht verjubelt würden, wurde ein Fonds für zukünftige Generationen eingerichtet. Doch bereits Anfang 2006 waren diese Vereinbarungen nichts mehr wert. Die Regierung schaffte den Fonds ab, um das Geld in den Staatshaushalt fließen zu lassen und änderte das Gesetz zur Verwaltung der Erdöleinnahmen. Obwohl Tschad innerhalb von zehn Jahren mehr als 10 Milliarden US-Dollar eingenommen hat, konnte die Armut nicht verringert werden. Etwa 80 Prozent der Menschen leben unter der Armutsgrenze von einem US-Dollar pro Tag, im Human Development Index des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) belegt das Land Platz 184 von 186. Die Ökonomie ist heute überwiegend auf das Erdöl ausgerichtet. Damit ist das schwarze Gold im Tschad ähnlich wie in anderen afrikanischen Förderländern wie Nigeria und Angola eher zum Fluch denn zum Segen geworden.



Foto: Jens Küsters/Greenpeace

Zum Weiterlesen:

- *Arbeitsgruppe Tschad (2011): Leben mit dem Öl. Verelendung, Konflikte, Korruption in Tschad und Kamerun, Themenheft, unter: www.erdoel-tschad.de/contao/tl_files/Themenheft_dt.pdf*
- *Onlineportal der AG Tschad zu 10 Jahren Erdölförderung: www.erdoel-tschad.de/contao/portal_de.html*

Beispiel 2 - Seltene Erden in Malaysia: Umstrittenes Projekt mit deutscher Beteiligung

In Malaysia will der australische Minenkonzern Lynas die weltweit größte Raffinerie für Seltene Erden in Betrieb nehmen, um aus Australien stammende Metalle dort zu verarbeiten. Ursprünglich sollte die Produktion bereits im September 2011 beginnen, doch der Bau der Betriebsanlage bei Kuantan im Bundesstaat Pahang verzögerte sich und weist zahlreiche Mängel auf. Gegen das Vorhaben hat sich ein Protestbündnis aus lokalen Anwohner_innen und Aktivist_innen gebildet, das seit 2011 gegen den Plan mobilisiert. Sie befürchten aufgrund der großen Menge giftiger Abfälle unkalkulierbare Auswirkungen auf die lokalen Lebensbedingungen der Menschen und die Umwelt. Denn 1994 wurde nach jahrelangem Widerstand bereits einmal eine deutlich kleinere Seltene Erden-Anlage geschlossen, an der unter anderem der japanische Konzern Mitsubishi beteiligt war. Fast 20 Jahre später ist die Umgebung der Anlage in Bukit Merah im Bundesstaat Perak noch immer verseucht.

Anfang 2013 kam eine Studie des renommierten Öko-Instituts aus Freiburg zu dem Schluss, das Abfallkonzept von Lynas weise „hinsichtlich eines umweltverträglichen Betriebs erhebliche Mängel auf“. Von der Verarbeitung der Seltenen Erden in Malaysia wollen auch deutsche Unternehmen profitieren. Im Jahr 2011 hatten Siemens und Lynas eine Absichtserklärung zu Gründung eines Joint Ventures unterzeichnet, an dem Siemens mit 55 Prozent Anteilen die Mehrheit halten sollte. Auch BASF unterzeichnete 2011 einen Langzeitvertrag mit Lynas.

Foto: Alpha/flickr.com



Proteste in Malaysia

Zum Weiterlesen:

- Lee, Jade (2012): *Seltene Erden - Fluch oder Segen für Malaysia*, unter: http://www.asienhaus.de/public/archiv/bergbau-nr3_malaysia.pdf

Beispiel 3 - Kohle aus Kolumbien: Schmutziger Rohstoff für deutsche Kraftwerke

In Kolumbien hat die Regierung den industriellen Bergbau zum Motor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erklärt. Das südamerikanische Land ist der fünftgrößte Kohleexporteur der Welt, fast die gesamte Produktion wird exportiert. Der Abbau findet fast ausschließlich im Tagebau in den Departamentos La Guajira und Cesar statt, von wo die Kohle an die Karibikküste transportiert wird. Die Kohleförderung wird maßgeblich von drei Unternehmen betrieben, die jeweils auch über eigene Verladehäfen verfügen: Das Unternehmen Cerrejón, das zu gleichen Teilen der britischen Anglo American, der australischen BHP Billiton und der schweizerischen GlencoreXstrata gehört, der US-Bergbaukonzern Drummond und das Unternehmen Prodeco, das Teil von GlencoreXstrata ist. Die Menschenrechts- und Umweltbilanz im Kohlebergbau fällt äußerst negativ aus. Schlechte Arbeitsbedingungen, bedrohte und ermordete Gewerkschafter_innen, verschmutztes Wasser und die Vernichtung von Ackerland gehen direkt mit dem Kohleabbau einher. Die Erschließung von Bodenschätzen wurde in den vergangenen gut 25 Jahren vor allem durch paramilitärische Gruppen gewährleistet, die eng mit der Politik und einzelnen Unternehmen verstrickt waren. Während in Deutschland bald die letzten Zechen stillgelegt werden sollen, importieren fast alle kohleverstromenden Unternehmen ihren schmutzigen Rohstoff auch aus Kolumbien. Mit gut 10,5 Millionen Tonnen jährlich ist Kolumbien vor Russland (9,6) und den USA (5,1) der größte Lieferant.



Foto: Stephen Codrington

Zum Weiterlesen:

- Ganswindt, Katrin, Rötters, Sebastian und Schücking, Heffa (2013): *Bitter Coal. Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte*, hrsg. von urgewalt und FIAN Deutschland, unter: http://urgewald.org/sites/default/files/bitter-coal_mai.broschure_web.pdf

3. ROHSTOFFPOLITIK DEUTSCHLANDS UND DER EU

3.1 Von der Lobby gestaltet: Die deutsche Rohstoffstrategie

Aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessen und negativen Folgen bei der Rohstoffausbeutung, wäre bei der Ausarbeitung eines nachhaltigen Rohstoffkonzeptes eine breite gesellschaftliche Partizipation notwendig. An der deutschen Rohstoffstrategie haben hingegen nur wenige Akteur_innen mitgearbeitet. Die Wirtschaftslobbyist_innen erhielten mehr oder weniger freie Hand und konnten ihre Positionen ohne nennenswerte Gegenwehr durchsetzen.

Im Oktober 2010 veröffentlichte das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen“. Wengleich diese ressortübergreifend ausgearbeitet wurde, spielte das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) von allen beteiligten Ministerien die bedeutendste Rolle. Die deutsche Rohstoffstrategie hat in erster Linie die Reduzierung von Handelsbarrieren zum Ziel, damit deutsche Unternehmen freien Zugriff auf Rohstoffe haben. Um die Rohstoffversorgung zu gewährleisten, bietet die Bundesregierung Unternehmen staatliche Instrumente an, zum Beispiel Exportgarantien. Zwar wird in der Strategie erwähnt, „dass nachhaltige Entwicklung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt ohne gute Regierungsführung, ohne Achtung der Menschenrechte und ohne Beachtung ökologischer und sozialer Standards nicht möglich ist“, konkreter wird es allerdings nicht. Themen wie Transparenz oder Recycling werden weiter hinten vergleichsweise kurz abgehandelt, verbindliche Ziele oder Regulierungsvorschläge für die Industrie werden nicht formuliert.



Foto: Thorben Wenger/pixello.de

Zum Weiterlesen:

- Global Policy Forum u.a. (2010): Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie. Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung, unter: <http://power-shift.de/?p=235>

Offizielle Dokumente:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Versorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen, unter: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesregierung (2007): Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung, unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/elemente-rohstoffstrategie,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (2010): Rohstoffwirtschaftliche Bewertung der Länder Afrikas, Asiens, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Georgien und Südamerikas im Hinblick auf die Bedeutung für Deutschland, unter: http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/laenderbewertung.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2010): Entwicklungspolitisches Strategiepapier „Extraktive Rohstoffe“, Berlin, unter: http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier299_04_2010.pdf
- Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) (2011): Rohstoffsituation Deutschland 2010, unter: http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-07.pdf;jsessionid=39A31A8E5BF86A93385FBE878AAADEC9.1_cid297?__blob=publicationFile&v=9
- RNE (Rat für Nachhaltige Entwicklung) 2011: Wie Deutschland zum Rohstoffland wird. Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung, unter: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/RNE_Rohstoffland_Deutschland_texte_Nr_39_Juni_2011_01.pdf



Foto: Archivio-FSP/wikipedia

3.2 Konkrete Maßnahmen nur für die Versorgungssicherheit

Als konkreter Bestandteil der Strategie wurde bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) im Oktober 2010 die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) gegründet. Sie soll als Beratungseinrichtung und Schnittstelle zwischen

Kasten 4 Erfolg für den BDI

Die Handschrift des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) ist in der deutschen Rohstoffstrategie unverkennbar. Der hat als Lobbyorganisation der Industrie seit dem ersten Rohstoffkongress der damaligen rot-grünen Bundesregierung 2005 auf eine unternehmensfreundliche Rohstoffstrategie hingewirkt. Mitglieder des BDI sind 38 Branchenverbände der Industrie und industrienaher Dienstleistungsbranchen, die insgesamt gut 100.000 Unternehmen umfassen. Im Jahr 2007 forderte der Verband, die Bundesregierung solle durch Instrumente der Handels-, Außenwirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik die Versorgung deutscher Unternehmen mit Rohstoffen verbessern. Kurz darauf stellte die Bundesregierung ihre „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ vor, die grundlegende Forderungen des BDI aufgreifen. Die 2010 vorgestellte Rohstoffstrategie entspricht den Interessen der Industrie, schenkt den Auswirkungen auf die Förderländer aber nur wenig Beachtung.

Zum Weiterlesen:

- BDI (2010): *Für eine strategische und ganzheitliche Rohstoffpolitik. BDI-Strategiepapier zur Rohstoffsicherheit*, unter: http://www.bdi.eu/download_content/EnergieUndRohstoffe/BDI_Rohstoffsicherheit.pdf

Regierung und Unternehmen fungieren und ist seit August 2012 mit einem eigenen Standort in Berlin ansässig. Ein Kernelement der deutschen Rohstoffstrategie sind bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Ländern (siehe Kasten). Unter dem rechtlichen Dach einer Rohstoffpartnerschaft sollen private Unternehmen eigenständig Verträge abschließen. Die Industrieunternehmen selbst bauen rohstoffsichernde Aktivitäten mit politischer Rückendeckung der Bundesregierung aus. So wurde zum Januar 2013 im Rahmen der deutschen Rohstoffstrategie ein Explorationsförderprogramm aufgelegt, das Unternehmen, die sich an der Förderung „kritischer Rohstoffe“ im Ausland beteiligen wollen, finanziell unterstützt. Im April 2013 gründeten zwölf deutsche Großunternehmen, darunter BASF, Bayer, BMW, Bosch, ThyssenKrupp und VW, die Rohstoffallianz. Diese will deutschen Unternehmen über Beteiligungen an Rohstoffprojekten weltweit direkten Zugang zu wichtigen Rohstoffen verschaffen.

Zum Weiterlesen:

- Feldt, Heidi (2012): *Die deutsche Rohstoffstrategie. Eine Bestandaufnahme*, hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung, unter: http://www.boell.de/downloads/201208_Dt_Rohstoffstrategie.pdf

3.3 Bloß keine Handelsbeschränkungen! Die Rohstoffinitiative der EU

Auch innerhalb der Europäischen Union haben sich Bundesregierung und BDI seit Jahren für die Verabschiedung einer unternehmensfreundlichen Rohstoffstrategie stark gemacht. Im November 2008 veröffentlichte die Europäische Kommission mit der „Rohstoffinitiative“ die erste gemeinsame europäi-



sche Rohstoff-Strategie. Die Strategie basiert auf drei Säulen: Einem freien Zugang zu nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen auf den Weltmärkten, der Förderung europäischer Rohstoffquellen und der Reduzierung des europäischen Rohstoffverbrauchs. Am weitesten ausgearbeitet ist die erste Säule. Als Hauptproblem macht die EU Wettbewerbsverzerrungen wie zum Beispiel Exportbeschränkungen aus. Diese sollten mittels einer „Rohstoffdiplomatie“, etwa im Rahmen von WTO-Verhandlungen und Freihandelsverträgen, beseitigt werden.

Der zweite bedeutende Bereich, in dem die EU Regeln durchsetzen will, die den europäischen Konzernen nützen, sind Investitionen (siehe Kasten). Andere von der EU vertretene Ziele, wie etwa der Kampf gegen Armut und Menschenrechtsverletzungen, und einige der UN-Millenniumsziele wie eine Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser und Bildung werden durch die erste Säule der Rohstoffinitiative offen konterkariert.



Foto: greenseeta/flickr.com

Zum Weiterlesen:

- Curtis, John (2010): *The new resource grab: How EU trade policy on raw materials is undermining development*, hrsg. von Oxfam Deutschland, Weed, Traidcraft Exchange, AITEC und Comhlámh, unter: http://www2.weed-online.org/uploads/the_new_ressource_grab.pdf
- Lambert, Tobias (2012): *Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen. Rohstoffsicherung für Deutschland und die Europäische Union – Probleme in Kolumbien und Peru*, hrsg. von Brot für die Welt, FDCL, FIAN, Kampagne Bergwerk Peru und kolko, unter: http://land-grabbing.de/fileadmin/landnahme/illu/Rohstoffpaper_Tagung_26Okt2012_to_screen.pdf

Offizielle Dokumente:

- Council of the European Union (2011): *Conclusions on tackling the challenges on raw materials and in commodity markets*, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/119744.pdf
- European Commission, Directorate-General for Trade (DG Trade) (2012): *EU Trade Policy for Raw Materials. Second Activity Report*, unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/may/tradoc_149515.pdf
- European Commission (2009): *Raw materials policy 2009 annual report*, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146207.pdf



Foto: jbdodane/flickr.com



- European Commission (2010a): Critical raw materials for the EU. Report of the ad-hoc Working Group on defining critical raw materials, http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/report-b_en.pdf
- Europäische Kommission (2008): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Die Rohstoffinitiative: Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:de:PDF>
- Europäische Kommission (2011a): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, unter: http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/com2011_571_de.pdf
- Europäische Kommission (2011b): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0025:FIN:de:PDF>
- Europäische Kommission (2011c): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen.
- Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020, unter: http://ec.europa.eu/resource-efficient-europe/pdf/resource_efficient_europe_de.pdf
- Europäische Kommission (2012): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Rohstoffe für das künftige Wohlergehen Europas nutzbar machen. Vorschlag für eine Europäische Innovationspartnerschaft für Rohstoffe, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0082:FIN:de:PDF>
- European Parliament (2011): Resolution of 13 September 2011 on an effective raw materials strategy for Europe, unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0364&language=EN&ring=A7-2011-0288>

Kasten 5: Rohstoffpartnerschaften

Partnerschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe sind kaum zu erwarten: Bundesregierung und deutsche Industrie erhoffen sich durch den Abschluss von bilateralen Rohstoffpartnerschaften den besseren Zugang zu Rohstoffen. Im Oktober 2011 schloss Kanzlerin Angela Merkel das erste Abkommen dieser Art mit der Regierung der Mongolei. Im Februar 2012 folgte Kasachstan. Mit Chile einigte sich die Bundesregierung im Januar 2013 auf eine Absichtserklärung über eine Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und mineralische Rohstoffe. Mit Peru wird derzeit über den Abschluss einer weiteren Rohstoffpartnerschaft verhandelt. Die Vertragstexte sind industriefreundlich formuliert und enthalten keine konkreten Ansätze für eine entwicklungspolitisch und sozial-ökologisch ausgewogene Rohstoffpolitik.

Der Erlanger Wirtschaftsvölkerrechtler Markus Krajewski hat im Auftrag des grünen EU-Parlamentarierers Rainhard Bütikofer einen kommentierten Mustertext für ein alternatives Rohstoffabkommen entworfen. Ihm geht es um die „Begründung von ökologisch vertretbaren, entwicklungspolitisch sinnvollen, sozial gerechten und menschenrechtlich sowie rechtsstaatlich begründeten Rohstoffpartnerschaften“. Das alternative Abkommen basiert auf den Grundsätzen Transparenz, nachhaltige Entwicklung, ökologische Rohstoffbewirtschaftung, Unternehmensverantwortung sowie Beteiligung der Zivilgesellschaft und lokalen Bevölkerung.

Zum Weiterlesen:

- Prof. Dr. Krajewski, Markus (2012): Entwurf eines Alternativen Rohstoffabkommens der Bundesrepublik Deutschland - Mustertext mit Erläuterungen, unter: <http://reinhardbuetikofer.eu/wp-content/uploads/2012/10/Alternatives-Rohstoffabkommen-Text-und-Erl%C3%A4uterungen-fin.pdf>
- Rohde, Nora: Alternative Rohstoffpartnerschaften. PowerShift Steckbrief zur Rohstoffpolitik, unter: <http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2013/06/RohstoffsteckbriefAlternative-Rohstoffpartnerschaften-Mai2013.pdf>

Die bisherigen Abkommen:

- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich, unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/abkommen-zwischen-brd-und-mongolei-zusammenarbeit-rohstoff-industrie-technologie,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>
- Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kasachstan über Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich, unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/A/abkommen-zwischen-brd-und-kasachstan-partnerschaft-rohstoff-industrie-und-technologiebereich,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Kasten 6 Investitionsschutz wichtiger als Demokratie

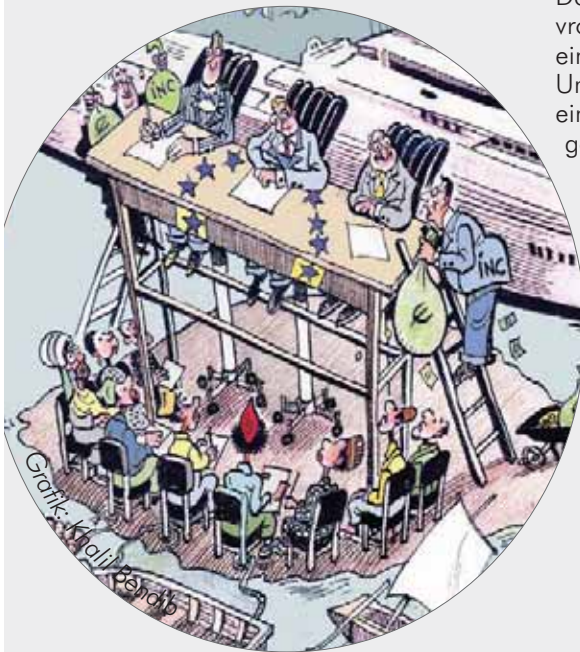
Ende der 1990er Jahre scheiterte das im Rahmen der OECD verhandelte multilaterale Investitionsabkommen (MAI). Dieser erste wichtige Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung führte jedoch zu einem Ausbau der zwischenstaatlichen Investitionsabkommen. Weltweit existieren heute mehr als 3.000 bilaterale Investitionsschutzabkommen (BITs). Deutschland hat mit über 140 Staaten derartige Abkommen geschlossen, mehr als jedes andere Land. Sehen Investoren durch politische Maßnahmen ihre Gewinne gefährdet, können sie in einem „Investor-Staat-Verfahren“ vor ein internationales Schiedsgericht

ziehen. Mittlerweile gelten derartige Klagen gar als lukratives Geschäftsmodell und Spekulationsobjekt. Internationale Anwaltskanzleien legen Investoren eine Klage nah und kassieren kräftig ab. Spezielle Firmen treten als Prozessfinanzierer auf und streichen im Erfolgsfall ihren Anteil ein. Im Jahr 2012 richteten sich zwei Drittel der entschiedenen Fälle gegen ärmere Staaten und Schwellenländer. In etwa 70 Prozent der insgesamt bearbeiteten Fälle triumphierte der Investor. Im Rohstoffbereich laufen zurzeit mehrere Klagen. Zum Beispiel verklagt der Energiekonzern Vattenfall Deutschland wegen des Atomausstiegs. Der US-amerikanische Ölkonzern ChevronTexaco klagt gegen Ecuador, weil ein ecuadorianisches Gericht wegen Umweltvergehen im Amazonastiefland eine Strafe von 18 Milliarden US-Dollar gegen den Ölmulti verhängt hatte.

Eine Regierung kann BITs zwar kündigen, für bereits getätigte Investitionen gilt der Schutz jedoch bis zu mehrere Jahrzehnte über die Kündigung hinaus.

Zum Weiterlesen:

- Eberhardt, Pia und Olivet, Cecilia (2012): *Profiting from injustice. How law firms, arbitrators and financiers are fuelling an investment arbitration boom*, hrsg. von Corporate Europe Observatory und Transnational Institute, unter: <http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/profitting-from-injustice.pdf>



4. ALTERNATIVEN: EINE ANDERE ROHSTOFFPOLITIK IST MÖGLICH

4.1 Freiwilligkeit ist keine Lösung

Wenn es nach dem Willen der meisten Unternehmen geht, heißt die Lösung für Probleme wie Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung „freiwillige Selbstverpflichtung“. Um die von Unternehmen und Regierungen verursachten Missstände zu beseitigen, sind in den vergangenen Jahren auch zahlreiche Governance-Initiativen entstanden. Sie reichen von der Zertifizierung ganzer Handelsketten für einzelne Rohstoffe wie Coltan oder Diamanten bis hin zu Richtlinien wie dem UN Global Compact, die für Unternehmen aller Branchen gelten und daher auch für den Rohstoffsektor relevant sind. Hinzu kommt die Pflicht der Staaten, gemäß den Prinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem UN-Sozialpakt und der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, grundlegende Rechte zu gewährleisten.

Die im Jahr 2011 verabschiedeten „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ betonen, dass alle Unternehmen weltweit die Menschenrechte respektieren müssen. Sie erlegen ihnen eine Sorgfaltspflicht auf (due diligence), die sich auf die gesamte Wertschöpfungskette eines Produktes bezieht. Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen wurden erstmals im Jahr 1976 formuliert, seitdem aber mehrmals überarbeitet. Sie enthalten in verschiedenen Bereichen wie Menschenrechte, Arbeits- und Sozialstandards, Umweltschutz, Transparenz und Verbraucherschutz Empfehlungen an Unternehmen. Für die 31 Mitgliedstaaten der OECD sowie elf weitere Unterzeichnerländer sind sie jedoch verbindlich. In einer weiteren OECD-Richtlinie zu Konfliktmineralien werden Unternehmen dazu aufgefordert sicherzustellen, dass sie keine mineralischen Rohstoffe verwenden, die der Finanzierung bewaffneter Konflikte dienen.

Derartige Instrumente bieten wichtige Bezugspunkte, um grundlegende Rechte weltweit einzufordern. All diesen Initiativen ist jedoch gemein, dass sie für Unternehmen nicht rechtlich verbindlich sind und somit auch keine Sanktions-

möglichkeiten bei Nicht-Einhaltung bestehen. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen müssten somit verbindlich gesetzlich verankert werden.

Zum Weiterlesen:

- Rohde, Nora (2013): *Sorgfalts- und Transparenzpflichten für Unternehmen*, PowerShift Steckbrief zur Rohstoffpolitik, unter: http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2013/09/Rohstoffsteckbrief_Transparenz_Sorgfaltspflicht.pdf power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2013/09/Rohstoffsteckbrief_Transparenz_Sorgfaltspflicht.pdf

4.2 Transparente Geldströme: Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)

Transparenz über geleistete Zahlungen ist eine Grundbedingung dafür, dass die Bevölkerung in den rohstoffreichen Ländern bei ihrer jeweiligen Regierung Rechenschaft über die Verwendung der Gelder einfordern kann. Im Jahr 2002 haben sich mehrere Nichtregierungsorganisationen zu dem Bündnis Publish What You Pay (PWYP) zusammengeschlossen, um die Transparenz in der Rohstoffindustrie zu erhöhen. Die Idee war, dass im Rohstoffsektor tätige Unternehmen gezahlte Steuern, Abgaben und Gebühren pro Land und Projekt offen legen. Die Politik griff den Vorschlag auf und rief die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ins Leben. Länder, die daran teilnehmen, verpflichten sich zur Offenlegung aller von Rohstoffunternehmen getätigten Zahlungen und der Einnahmen. Durch ein mehrstufiges System erhält ein Land nach ein paar Jahren den Status „EITI-konformes Land“. Mitte 2013 hatten 23 Länder den Status „EITI-konform“ erreicht, 16 weitere sind Kandidatenländer. 17 Industriestaaten sowie fast alle namhaften Rohstoffunternehmen unterstützen mittlerweile EITI, vor allem um eine stärkere, weitgehendere Regulierung zu verhindern. Über die bisherige Bilanz gibt es noch immer wenig belastbare Informationen. Beteiligte Akteure betonen, dass sich der Dialog zwischen Bevölkerung, Regierungen und Unternehmen durch die Initiative verbessert habe. Insgesamt greift EITI aber zu kurz. Die Teilnahme ist freiwillig, es gibt keine wirksamen Sanktionsmöglichkeiten, nur den Ausschluss eines Unternehmens aus dem EITI-Prozess. Zahlungen, die am Beginn der Wertschöpfungskette liegen, etwa bei der Exploration und Lizenzvergabe, werden gar nicht



Foto: Benjamin Klack / pixelio



erfasst. Sowohl Regierungen als auch Unternehmen wehren sich gegen eine Ausweitung von EITI auf die gesamte Wertschöpfungskette. Ohne diese macht die Initiative mittelfristig jedoch wenig Sinn. Die Grundidee von EITI hat mittlerweile aber Einzug in US- und EU-Recht gefunden.

Zum Weiterlesen:

- Feldt, Heidi / Müller, Axel (2011): *Transparenz-ein erster Schritt auf dem Weg zur Ressourcengerechtigkeit. Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)*, hrsg. von Brot für die Welt, Misereor und Global Policy Forum Europe
- Publish What You Pay (PWYP) <http://www.publishwhayoupay.org/about>

4.3 Das Dodd-Frank-Gesetz und Verbindliche Vorschriften in der EU

In den USA wurde die Grundidee von EITI weiterentwickelt. Im Gegensatz zur auf Freiwilligkeit basierenden Initiative für Transparenz erließ der Kongress im Rahmen der Finanzmarktreform im Juli 2010 den so genannten Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act. Artikel 1504 verpflichtet Unternehmen aus dem Rohstoffsektor, die an der US-Börse notiert sind, ihre an ausländische Regierungen getätigten Zahlungen über 100.000 US-Dollar ab Oktober 2013 pro Land und Projekt offenzulegen. Im Artikel 1502 wurde zudem die OECD-Richtlinie zu Konfliktmineralien integriert.

Im April 2013 zog die EU nach. Europaparlament, Rat und Europäische Kommission konnten sich nach zähen Verhandlungen auf die Reform der Rechnungslegungs- und Transparenzrichtlinie einigen. Im Juni verabschiedete das Europäische Parlament die Reform, die somit nun in das jeweilige nationale Recht integriert werden muss. Voraussichtlich ab 2015 werden alle großen europäischen Rohstoff- und Forstunternehmen dazu verpflichtet, ihre Zahlungen an Regierungen in Form von Abgaben, Konzessionen und Steuern über 100.000 Euro pro Land und Projekt offen zu legen. Davon betroffen sind auch Nicht-EU-Konzerne, sofern sie an europäischen Börsen gelistet sind. In den etwa anderthalbjährigen Verhandlungen im Rahmen der EU-Institutionen gehörte die deutsche Bun-

desregierung zu den härtesten Kritiker_innen der Reform, konnte sie aber letztlich nicht verhindern.

Die Regelungen aus den USA und der EU stellen einen großen Fortschritt dar, da sie im Gegensatz zu anderen Initiativen wie EITI verpflichtend sind. Eine vorherige Konsultation der betroffenen Bevölkerung oder eine Umverteilung der Einnahmen ist damit aber nicht gewährleistet. Auch werden längst nicht alle Unternehmen erfasst.

Zum Weiterlesen:

- *Obenland, Wolfgang (2013): Country-by-Country Reporting. Länderbezogene Offenlegungspflichten für Unternehmen – ein Beitrag zur Stärkung der öffentlichen Finanzen in Entwicklungsländern, hrsg. von Misereor, Global Policy Forum, Brot für die Welt*

Kasten 7

Selbst aktiv werden: Alternatives Bergbaugesetz auf den Philippinen

Die Philippinen haben eine lange Bergbautradition und sind noch immer reich an Rohstoffen, vor allem Nickel, Chromit, Gold und Kupfer. Seitdem die Rohstoffförderung durch das Bergbaugesetz von 1995 weitgehend liberalisiert worden ist, haben die negativen Auswirkungen auf Menschen und Umwelt drastisch zugenommen. Allein seit 2001 wurden mehr als 1.300 politische Morde verübt, darunter je nach Schätzung an bis zu 30 Aktivist_innen, die sich für die Umwelt und gegen den Bergbau engagiert hatten. Bergbaukritische zivilgesellschaftliche Gruppen haben lange Zeit in erster Linie gegen das Bergbaugesetz von 1995 gekämpft. Mittlerweile haben sie einen eigenen, alternativen Gesetzesentwurf erarbeitet und vorgelegt, da sie ein Zurück zu dem Zustand vor 1995 nicht als Lösung betrachten.

Aktivist_innen und Indigene hatten im Jahr 2004 das breite Bündnis „Allianz gegen

Bergbau“ (Alyansa Tigil Mina) gegründet. Dem Bündnis gehören unter anderem Aktivist_innen, NRO, Menschenrechts-, Umwelt- und Kirchengruppen sowie indigene Gemeinschaften an. Das gemeinsam erarbeitete alternative Bergbaugesetz wird seit 2009 regelmäßig im Kongress eingereicht. Der Entwurf schränkt die Rechte von Unternehmen im Bergbausektor ein, erhöht die Partizipation lokaler Akteure der Zivilgesellschaft und stärkt den Umweltschutz. Die Allianz gegen Bergbau kämpft weiterhin dafür, dass das Gesetz verabschiedet wird.

Zum Weiterlesen:

- *Reckardt, Michael: Wie Rohstoffe in Südost-/Ostasien zur Entwicklung beitragen könn(t)en. Das alternative Bergbau-Gesetz der Philippinen, unter: http://www.asienhaus.de/public/archiv/bergbau-nr1_philippinen.pdf*

4.4 Post-Extraktivismus: Die Debatte um Alternativen in Lateinamerika

Die Krise des Neoliberalismus hat in Lateinamerika in der vergangenen Dekade die politischen Kräfteverhältnisse verschoben. In den meisten Ländern des Kontinents wählte die Bevölkerung (Mitte)-Linksregierungen, die häufig von sozialen Bewegungen unterstützt werden und in unterschiedlichem Maße mit dem neoliberalen Erbe zu brechen versuchen. Vor allem Venezuela und Bolivien haben es geschafft, die staatlichen Einnahmen aus dem Öl- beziehungsweise Gasgeschäft deutlich zu erhöhen, indem sie den Unternehmen höhere Abgaben auferlegten. Auch die Verteilung der Einnahmen innerhalb der Länder hat sich teilweise stark verbessert.

Doch kritische Intellektuelle und Aktivist_innen kritisieren die fortwährende Fokussierung auf die Rohstoffausbeutung als „Neuen Extraktivismus“. Zwar würden die Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft vermehrt für Sozialprojekte verwendet aber durch die Ausbeutung und gerechtere Verteilung der Gelder, stärker legitimiert und Kritik daran politisch an den Rand gedrückt. In der Debatte um eine Überwindung des Extraktivismus geht es dabei nicht darum, künftig sämtliche Rohstoffförderung zu unterbinden, wohl aber deutlich einzuschränken und den langwierigen Übergang zu einem „Post-Extraktivismus“ einzuleiten. Eine Erhöhung der Kontrolle über die extraktiven Industrien, wie sie etwa in Venezuela und Bolivien stattgefunden hat, ist in dem Sinne nur der Anfang.



Grafik: Khalil Bendib

Zum Weiterlesen:

- FDCL und Rosa-Luxemburg-Stiftung [Hg.] (2012): *Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*, unter: http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Der_Neue_Extraktivismus/Der_Neue_Extraktivismus_web.pdf
- *Lateinamerika Nachrichten* und FDCL (2012): *Verbohrte Entwicklung. (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika*, unter: http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Dossier_Verbohrte_Entwicklung.pdf

Kasten 8: Die Yasuní-ITT-Initiative: Idee mit Weitblick scheitert an Kurzsichtigkeit

Die Idee hat das Potential, die Logik des Extraktivismus grundlegend in Frage zu stellen: In einem kleinen Teil des Nationalparks Yasuní im ecuadorianischen Amazonastiefland lagern 846 Millionen Barrel (1 Barrel = 159 Liter) Erdöl – etwa 20 Prozent der gesamten Reserven des Landes. Auf Vorschlag von Umweltgruppen und des früheren Erdölministers Alberto Acosta wollte Ecuador das Erdöl im Boden lassen, sofern von internationaler Seite 3,6 Milliarden US-Dollar aufgebracht worden wären. Das Geld sollte nicht in die Staatskasse, sondern in einen Treuhandfonds unter UN-Aufsicht fließen. Blicke das Öl wirklich unter der Erde, hätte das positive Auswirkungen auf die in dem Gebiet lebenden Indigenen, die Erhaltung der Biodiversität der Region und den Klimawandel. Das finanzielle Engagement potentieller Geber_innen fiel jedoch bescheiden aus: Eingezahlt wurden nur 0,37 Prozent der geforderten Gesamtsumme. Präsident Rafael Correa verkündete Mitte August dieses Jahres das Aus für die vielversprechende Initiative. Umweltakti-

vist_innen werfen dem Präsidenten vor, selbst für das Scheitern verantwortlich zu sein. Er habe eine Doppelstrategie gefahren und insgeheim schon immer die Ölförderung favorisiert. Eine Mitschuld trägt auch die deutsche Bundesregierung. Während der Bundestag der Yasuní-Initiative im Jahr 2008 fraktionsübergreifend die Unterstützung zugesichert hatte, lehnte der Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) eine Beteiligung an dem UN-Treuhandfonds aus ideologischen Gründen ab. Er wollte laut eigener Aussage keinen „Präzedenzfall“ schaffen. Denn die Idee ließe sich potentiell auch auf andere Rohstoff-Projekte anwenden, die als besonders schädlich eingestuft werden.

Zum Weiterlesen:

- Acosta, Alberto (2011): Öl für zehn Tage. Die Schäden der Förderung aber bleiben, in *Le monde diplomatique* vom 11.03.2011, unter: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/03/11/a0004.text.name,askL6meTx.n,0%3Cbr%20/%3E>



5. WAS FORDERN DEUTSCHE NGOS?

Im Jahr 2008 haben sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in Deutschland zum AK Rohstoffe zusammengeschlossen. Zeitgleich mit der deutschen Rohstoffstrategie legten sie 2010 das Positionspapier „Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie“ vor. Darauf aufbauend folgte dieses Jahr das Papier „Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik – Handlungsempfehlungen deutscher Nichtregierungsorganisationen“. Darin enthalten sind drei Ziele und Hauptforderungen an die Bundesregierung, aus denen sich eine Reihe weiterer Forderungen ergeben.

Die Ziele:

Rohstoffverbrauch senken: Der Rohstoffverbrauch in Deutschland muss auf ein global gerechtes und ökologisch verträgliches Niveau gesenkt werden;

Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen: Unternehmen, die Rohstoffe selbst abbauen, nutzen oder den Abbau finanzieren, müssen verbindlich zu gebührender Sorgfalt gegenüber den Menschenrechten verpflichtet werden. Zudem müssen effektive Entschädigungsmöglichkeiten für Betroffene eingeführt werden;

Rohstoffpolitik demokratisieren: Demokratische Spielräume in Deutschland und in den rohstoffreichen Ländern müssen zurückgewonnen werden. Konzerne dürfen keine Vorzugsbehandlung bekommen.

Die Forderungen:

Rohstoffverbrauch senken

- Die Senkung des inländischen Rohstoffverbrauchs auf ein nachhaltiges und global gerechtes Niveau sollte explizit zum Ziel der deutschen Rohstoffpolitik gemacht werden. Auch auf EU-Ebene sollte die Bundesregierung



Foto: Joshua Bousel/flickr.com



sich konsequent für verbindliche Reduktionsziele in der erforderlichen Höhe einsetzen. Diese Ziele müssen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft festgelegt und Fortschritte müssen kontinuierlich überprüft werden. Wesentlich dafür und für eine Kreislaufführung ist die optimierte Gestaltung von Produkten. Deshalb sollte geprüft werden, wie durch die Besteuerung der Entnahme oder des Einsatzes von mineralischen, metallischen und fossilen Rohstoffen weitergehende Anreize für Ressourcenschonung geschaffen werden können. Wegen ihres großen Einflusses auf den Ressourcenverbrauch sollte der Anfang mit einer Besteuerung von Primärbaustoffen gemacht werden, auch um Recyclingbauprodukte finanziell attraktiver zu machen.

- Aufgrund der Dringlichkeit des Klimawandels muss die Bundesregierung den Ausstieg aus der fossilen Energie zügig vorantreiben. Dazu gehören der Verzicht auf die Gewinnung und den Einsatz neuer fossiler Rohstoffe (insbesondere durch Fracking gewonnenes Schiefergas und –öl) und der Beschluss eines zeitlich gestaffelten Ausstiegs aus der Braun- und Steinkohleverstromung, z.B. in Form eines Kohleausstiegsgesetzes.
- Auf der Grundlage des Berichts des Umweltbundesamts sollten umweltschädliche Subventionen konsequent abgebaut werden. Die Bundesregierung sollte sich zudem auf internationaler Ebene für den Abbau von Subventionen für fossile Energieträger einsetzen.
- Die Besteuerung von Energie sollte im Einklang mit dem Vorschlag der EU Kommission für eine neue EU-Energiesteuerrichtlinie ausgestaltet, im Niveau angehoben und die zusätzlichen Einnahmen aufkommensneutral für eine Senkung der Lohnnebenkosten aufgewendet werden.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen

- Die Bundesregierung sollte für den Rohstoffsektor Ausführungsbestimmungen für die gebührende menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen beim Abbau und Import von Rohstoffen sowie bei der Finanzierung von Rohstoffprojekten entwickeln und deren Einhaltung gesetzlich vorschreiben;

- Jegliche staatliche Förderung durch Explorationsförderprogramme sowie Garantien für Exportkredite, Investitionen oder Ungebundene Finanzkredite (UFK) muss an ein Höchstmaß menschenrechtlicher Sorgfalts- und Transparenzpflichten geknüpft werden. Alle Projekte müssen anhand der internationalen Menschenrechtskonventionen auf mögliche Menschenrechtsgefährdungen überprüft werden. Bei Feststellung menschenrechtlicher Risikolagen müssen ex ante und ex post unabhängige menschenrechtliche Folgenabschätzungen vorgenommen werden. Für mögliche Opfer von Menschenrechtsverletzungen bei solchen Projekten muss eine leicht zugängliche Beschwerdestelle an den deutschen Botschaften eingerichtet werden;
- Die Bundesregierung muss gesetzlich sicherstellen, dass die nach deutschem Recht geltenden und noch einzuführenden Sorgfaltspflichten von Unternehmen mit Bezug auf Menschenrechtsrisiken ihrer Tochterunternehmen, Zulieferer und Vertriebspartner über zivilrechtliche Klagen einklagbar sind und Betroffene Zugang zu Entschädigungsmöglichkeiten erhalten. Zudem soll sie sicherstellen, dass sie auch dann in zivilrechtlichen Klagen anwendbar sind, wenn der Rechtsstreit sich nach ausländischem Recht bestimmt;
- Vor Abschluss jeglicher Rohstoffpartnerschaften oder EU-Handelsabkommen muss sichergestellt werden, dass diese die Menschenrechte in den Partnerländern nicht gefährden oder den Spielraum dieser Länder zum Schutz der Menschenrechte einschränken. Dazu sollte die Bundesregierung umfassende menschenrechtliche Folgeabschätzungen für solche Abkommen durchführen und auf deren Einführung im Rahmen der EU-Handelspolitik drängen;
- Die Bundesregierung sollte die anstehende Initiative der EU-Kommission zur verantwortlichen Beschaffung von Rohstoffen in Konfliktgebieten konstruktiv begleiten. Unternehmen sollten im Rahmen einer EU-Richtlinie zur Transparenz der Produktions- und Lieferketten und zur menschenrechtlichen Sorgfalt gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verpflichtet werden. Anders als der Abschnitt 1502 des



Grafik: Khalil Bendib



US-amerikanischen Dodd Frank Acts sollte diese Verpflichtung sich nicht auf eine Region beschränken.

Rohstoffpolitik demokratisieren

- Die Erarbeitung einer neuen deutschen Rohstoffstrategie auf Basis einer breiten Konsultation, die auch Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften gleichberechtigt einbezieht. Startpunkt könnte ein gesellschaftlich breit angelegter Rohstoffkongress der Bundesregierung sein;
- Bei der Erarbeitung und Umsetzung einer neuen deutschen Rohstoffstrategie darf die Bundesregierung der deutschen Industrie (z.B. Bundesverband der Deutschen Industrie) weder institutionell noch inoffiziell einen privilegierten Zugang zu politischen Entscheidungen gewähren;
- Stattdessen müssen bei der Weiterentwicklung und Umsetzung transparente Strukturen unter Einbindung der Parlamente und Zivilgesellschaft geschaffen werden, die auch die Betroffenen der deutschen Rohstoffpolitik aus dem Globalen Süden zu Wort kommen lassen und ihre Interessen in den Blick nehmen.

*Auszug aus: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik – Handlungsempfehlungen deutscher Nichtregierungsorganisationen an Bundesregierung und Bundestag,
<http://power-shift.de/?p=1849>*

Jagd nach Rohstoffen

Tobias Lambert | FDCL | Dezember 2013

ISBN: 978-3-9232020-62-1

